



Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Stephan Färber

Im Hause

AfD Fraktion Offenbach

Rathaus

Berliner Straße 100

63065 Offenbach am Main

Tel: 069 / 80 65 35 08

Fax: 069 / 85 65 35 09

E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 30.01.2018

Anfrage gemäß § 40 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMFs) in der Stadt Offenbach

Unter unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen (UMFs), versteht man in der Regel Kinder und Jugendliche, welche noch nicht volljährig sind, und somit ohne sorgeberechtigte Begleitung nach Deutschland kommen. Die Flüchtlinge melden sich hier meist von selbst, oder werden von der Polizei aufgegriffen, und dann an das Jugendamt vermittelt. Für die Einstufung als "minderjährig" gilt zunächst die Eigenangabe der Flüchtlinge, wobei erfahrungsgemäß mehr als 40% der Jugendlichen falsche Altersangaben machen.

In den Kommunen fällt die Verantwortung für die unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge in die Zuständigkeit der Jugendämter. Diese sind für deren Aufnahme, Unterkunft und Betreuung verantwortlich. Es gelten die gesetzlich vorgegebenen Standards der Kinder- und Jugendhilfe. Damit soll gewährleistet werden, dass die betroffene Personengruppe Schutz, Hilfe und Unterstützung erhält.

Allein in Hamburg leben 1300 unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge. Ein Teil der jungen Flüchtlinge in Hamburg wird jedoch, durch den Hang zur Gewaltbereitschaft, zum großen Problem. Sie knacken Autos, brechen ein, greifen Polizisten an, stehlen, treten, flippen aus. In Hamburg sind das rund 50.

In den vergangenen Monaten haben mehrere Fälle, in denen vermeintlich minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge besonders abscheuliche Straftaten an jungen Frauen begangen haben (Freiburg, Kandel, etc.), in der ganzen Republik große Aufmerksamkeit verursacht, und eine intensive Diskussion angeregt.

Dies vorausgeschickt, frage ich den Magistrat:

1. Wie viele UMFs hat die Stadt Offenbach aufgenommen?
2. Welchen Nationalitäten, bzw. Ethnien gehören diese an?
3. Wie, bzw. wo sind diese untergebracht?
4. Wie erfolgt deren Altersfeststellung?
5. Wie ist die Betreuung der UMFs geregelt, bzw. sichergestellt?
6. Welche Kosten werden monatlich im Durchschnitt pro UMF verursacht und wer kommt dafür auf?
7. Wie viele der in der Stadt untergebrachten UMFs sind bisher gegenüber den Ordnungsbehörden auffällig geworden, und um welche Delikte handelt es sich? Befinden sich darunter sogenannte „Intensivstraftäter“?
8. Werden die UMFs regelmäßig einer ärztlichen Kontrolle unterzogen?
9. Ist, über das bisherige Kontingent hinaus, geplant, noch weitere UMFs in Offenbach unterzubringen?

Fragesteller: Christin Thüne, Stadtverordnete